Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Bestellungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schirmer.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Altestr. 16a part.
Telephonruf: Nr. 8992.

Insertionsgebühr pro sechsgepaßter Kolonetzelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **380 600** Exemplaren
Erscheint diese Ztg.

Zentrum und Arbeiterschut.

III.

Die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion verdrängten sich — in der vom Zentrum und der Regierung beliebten Abschwächung — zu einem scheinbaren Programm für die Arbeitsverhältnisse der Staatsarbeiter. Es wurden geregelt: a) Zeitlohn, Grundlohn und Lohnzulagen; b) Stück- und Akkordlöhne; c) Überstunden, Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit; d) Ausnahmen (die vom Zentrum beschlossene Nichtanwendung der Beschlüsse auf Arbeiter der Staatsforsten, Freilandarbeiter etc.); Arbeitsordnungen; Arbeiterauschüsse; Arbeiterschut; Werdung der Arbeitsnachweise; Urlaub; Regelung der ortsüblichen Tagelöhne.

Es ist nicht angängig, die umfangreichen Beschlüsse des Ausschusses in der Metallarbeiter-Zeitung wiederzugeben, sie würden mindestens eine Nummer der Zeitung zur Hälfte füllen. Im Plenum versuchten unsere Genossen noch zu retten, was möglich war, vor allem eine erhöhte Lohnaufbesserung. Unter anderem wurde bei Beratung des Eisenbahnetats von der sozialdemokratischen Fraktion der Antrag gestellt: 340 000 M mehr für Arbeitslöhne in den Etat einzustellen, um die Beschlüsse des zehnten Ausschusses durchzuführen zu können. Die Liberalen unterstützten diesen Antrag, das Zentrum lehnte ihn ab, stimmte also die Lohnsätze, die es im Ausschuss selbst mitbeschlossen hatte, nieder. Die Eisenbahnarbeiter waren darüber sehr ungehalten, und nun stellten die Abgeordneten Dr. v. Daller und Genossen, darunter auch die christlichen Arbeitersekretäre, einen Antrag, wonach die Regierung die Befugnis haben sollte: wenn die Finanzverhältnisse es zulassen, 340 000 M mehr für Löhne auszugeben. Das ist verfassungsmäßig unzulässig, was die Herren vom Zentrum sehr gut wußten. Der sozialdemokratische Redner sagte den Herren auf den Kopf zu, daß dieser Antrag nur ein Mandat sei, die Eisenbahnarbeiter zu täuschen, die Kammer der Reichsräte werde und könne diesem Antrag nicht zustimmen.

So ist es gekommen, der Antrag wurde von der ersten Kammer abgelehnt.

Nun rumorten die christlichen Eisenbahnarbeiter gewaltig. Sowohl in Versammlungen wie in ihrer Presse drohten die Führer, noch mehr die Angeführten, mit offener Rebellion bei den im Jahre 1907 zum erstenmal unter dem direkten Wahlrecht stattfindenden Neuwahlen. Postler und Eisenbahner verlangten von der Zentrumsparteileitung energisch die Überlassung von sicheren Wahlkreisen, um spezielle Vertreter ihrer Interessen in den Landtag entsenden zu können. Alle Mahnungen der Parteileitung und der parteioffiziösen Zentrumsblätter waren vergeblich, die Verkehrsbediensteten und Arbeiter bestanden auf ihrem Schein und setzten ihren Willen durch. Außer den Wahlkreisen für Oswald, Schwarz und Schirmer wurden den christlichen Verbänden noch zwei weitere Wahlkreise eingeräumt, die man den Bauern unter heftigem Widerspruch abgeknöpft hat. Schirmer, mit dem die Postler nicht zufrieden waren, wurde ausgetauscht und durch ein Reichstagsmandat entschädigt; an seiner Stelle wurde Postleppediter Cadau gewählt. Zu den Arbeitersekretären Oswald und Schwarz kamen noch Königbauer, Arbeitersekretär, und Dauer, Redakteur des Eisenbahner; außerdem Kaplan Walterbach, Redakteur des Arbeiter und Vorstehers der Verbände süddeutscher katholischer Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine.

An geeigneten Kräften fehlte es also den christlichen Gewerkschaften im bayerischen Landtag nicht, sie haben die Elite ihrer Organisationen für den bayerischen Landtag ausgewählt. Freilich ist, wie wir schon im ersten Artikel gesagt haben, für die Arbeiter dabei nicht viel gewonnen. Bei einer so illustren Vertretung der christlichen Gewerkschaften und nachdem das Zentrum die absolute Mehrheit in der bayerischen Abgeordnetenkammer hat, durfte man annehmen, daß nun in Bayern eine neue sozialpolitische Ära anbrechen werde und die Arbeiter für die bisher so schwachmütige unschuldige Sozialpolitik des Zentrums entschädigt würden. Man konnte glauben, daß von Bayern nun großzügige Bewegungen auf sozialpolitischem Gebiet ausgingen, die bayerische Gesetzgebung vorbildlich für die anderen Bundesstaaten wirken und besonders für die Reichsgesetzgebung förderlich sein werde. Bis jetzt hat die Mehrheitspartei völlig enttäuscht. An Gelegenheit, seinem Willen und Können Ausdruck zu geben, hat es dem Zentrum nicht gefehlt.

Schon nach Eröffnung des neugewählten Landtags im vorigen Jahre hat die sozialdemokratische Fraktion eine größere Anzahl von Anträgen eingebracht, die in der Hauptsache die Arbeiter in den Staatsbetrieben betreffen. Wir können die viele Druckspalten umfassende, teilweise sehr ins Detail der Arbeitsverhältnisse gehenden Anträge nur kurz andeuten. Einer der Anträge lautet:

„Die Staatsregierung wolle angeordnet werden, namentlich in den Wintermonaten zu erwartenden außerordentlichen Arbeitslosigkeit Vorkehrungen für vermehrte Arbeitslosigkeit treffen, besonders die Vorarbeiten für Erweiterungsbauten oder Neubauten der Staatsbahnen, Eisenbahnverwaltung und anderer Ressorts der Staatsverwaltung so beschleunigen, daß mit Beginn der Wintermonate Arbeiter in größerer Zahl beschäftigt werden können; gleichzeitig seien die Gemeindeverwaltungen zu veranlassen, für entsprechende Arbeitslosigkeit zu sorgen.“

Gegen diesen Antrag konnten die Christlichen beim besten Willen nicht ankämpfen, aber man merkte es den Rednern an, daß sie ärgerlich waren, weil ihnen die Sozialdemokraten zuvorkamen. Dieser und die nachfolgenden Anträge der sozialdemokratischen Fraktion wurden nämlich sofort am Tage der Eröffnung des Landtags ein-

gebracht, während die Christlichen sich reichlich Zeit ließen, mit Vorschlägen zugunsten der Arbeiter an den Landtag zu kommen. Der sozialdemokratische Antrag wurde von der Abgeordnetenkammer einstimmig angenommen.

Am 23. September 1907 hat die sozialdemokratische Fraktion den Antrag eingebracht: „Die Abhne des in Staatsbetrieben beschäftigten nichtstadiummäßigen Personals, soweit die Bezüge nicht durch spezielle Verordnungen oder Regulative geregelt sind, um 15 Prozent zu erhöhen. Die 15prozentige Lohnerhöhung ist nach den Durchschnittslöhnen der einzelnen Gruppen zu bemessen und der sich so ergebende Betrag gleichmäßig auf alle Abhne aufzuschlagen.“ Dieser Antrag war für alle in einem widerrechtlichen Arbeitsverhältnis stehenden Arbeiter der Zivilstaatsministerien gedacht.

Für die Arbeiter in Militärbetrieben, die in Bayern auf Grund des bayerischen Militärreservates eine andere Stellung einnehmen als in den übrigen Bundesstaaten, war vom 1. Oktober 1907 an eine 15prozentige Lohnerhöhung gefordert. Außerdem Nachzahlung der Fehlbeiträge, insoweit noch Differenzen in der Lohnzahlung nach den Beschlüssen der Abgeordnetenkammer vom Jahre 1905/06 bestehen. Ferner: die Stücklohnarbeit möglichst einzuschränken und durch Stundenlohnarbeit zu ersetzen. Soweit Stücklohnarbeit unvermeidlich ist, vorherige schriftliche Vereinbarung des Stücklohnes; die Stücklohnliste in den Werkstätten auszuhängen; bei Stücklohnarbeit 25 Prozent Zuschlag über den vereinbarten Stundenlohn. Vor Ausführung der Arbeiten ist dem Arbeiter bekannt zu geben, in welcher Lohnklasse er beschäftigt werden soll, insbesondere mitzuteilen, ob die Arbeit in Zeit- oder Stücklohn ausgeführt werden soll. Zum Anfang jeden Rechnungsjahres ist eine Erhöhung des Arbeitslohnes um 5 Prozent zu gewähren. Die Werkzeuge sind von der Betriebsleitung zu stellen und auf Kosten der Betriebsleitung in gebrauchsfähigem Zustand zu erhalten. Die Alters-, Witwen- und Waisenversicherung ist nach den Wünschen der Militärvorkämpfer zu regeln. Den Arbeitern, die mindestens drei Jahre in Militärvorkämpfer beschäftigt sind, ist bei Fortzahlung des Lohnes alljährlich Urlaub zu gewähren, der nach einjährigem Arbeitsverhältnis 3 Tage, nach dreijährigem 5 Tage, nach fünfjährigem 8 Tage, nach zehnjährigem 10 Tage und nach fünfzehnjährigem Arbeitsverhältnis 14 Tage betragen muß. Arbeiter, welche fünf Jahre in Militärvorkämpfer beschäftigt sind, sind als künftige Arbeiter aufzunehmen. Unverschuldete Arbeitslosigkeit wird nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses betrachtet. Alle an Privatunternehmer vergebenen Arbeiten sind in Werkstätten auszuführen; Heimarbeit ist auszuschließen.

Ähnlich detaillierte Anträge wurden für alle in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter gestellt. Wir können nur noch einzelne Anträge hervorheben: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Eisenbahnarbeiter tariflich festzulegen. Dabei drei Ortsklassen zu errichten, den Grundlohn in der ersten Klasse auf 3,60 M, in der zweiten Klasse auf 3,40 M und in der dritten Klasse auf 3,20 M täglich festzusetzen. Nach juristischem 20. Lebensjahre haben periodische Lohnsteigerungen einzutreten, derart, daß nach dem 1., 3., 5. und 7. Jahre des Arbeitsverhältnisses der Tagelohn je um 30 %, nach dem 9., 11., 13. und 15. Jahre je um 20 % erhöht wird. Die Löhne der gewerblichen Arbeiter der Verkehrsanstalten sind um 20 Prozent höher zu bemessen; vom 1. Oktober 1907 an sind die Löhne der Eisenbahnarbeiter im Allgemeinen um 15 Prozent zu erhöhen. Vom 1. Januar 1908 an darf in den Betrieben der staatlichen Verkehrsanstalten die durchschnittliche tägliche effektive Arbeitszeit 9 Stunden nicht übersteigen. Pausen unter 15 Minuten werden in die Arbeitszeit eingerechnet; insoweit eine kürzere Arbeitszeit besteht, hat es dabei sein Bewenden.“

Für die Bergarbeiter wurde unter anderem verlangt: „Einführung der gesetzlichen Schichtzeit von nicht über 9 Stunden ab 1. Januar 1908, nicht über 8 Stunden ab 1. Januar 1909, Verbot der Frauen- und Kinderarbeit und des Wagnenpullens, Berechtigung der Arbeiter, das Verfahren über die geleistete Förderung zu überwachen. Gerabehung der zulässigen Geldstrafen, Überweisung der Strafgeelder an eine Arbeiterunterstützungskasse, deren Verwaltung dem Arbeiterausschuss zu unterstellen ist. Staatliche Bestellung von Grubenhilfskontrollleuten, die von den Arbeitern zu wählen sind. Errichtung von Schlichtgerichten und Bergverlegergerichten“ etc.

Für die in staatlichen Forsten beschäftigten Arbeiter war beantragt: „Festsetzung der Arbeitszeit auf täglich 9 Stunden. Entlohnung nach Ortsklassen mit Grundlöhnen von täglich 3,20 M, 3 M und 2,80 M. Zuschlag von 25 beziehungsweise 50 Prozent für Überstunden beziehungsweise Sonn- und Feiertagsarbeit, Lieferung der Werkzeuge, Schuhhüllen“ u. s. w.

Dann wurde beantragt: „Eine den tatsächlichen Verdiensten mehr entsprechende Festsetzung der ortsüblichen Tagelöhne und durchschnittlichen Jahresverdienste (§ 8 des Krankenversicherungsgesetzes). Förderung der Ortskrankenkassen, Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten.“ — Diese Anträge wurden, wie oben bemerkt, unmittelbar nach Zusammentritt des Landtags am 23. September 1907 eingebracht. Nunmehr bezieht sich das Zentrum, Abschwächungsanträge einzubringen, wobei den Lohnverhältnissen der Arbeiter am schlimmsten mitgespielt wurde. Die Zentrumsanträge liefen am 10. Oktober bei der Kammer ein. Unsere Genossen forderten eine allgemeine Lohnerhöhung von 15 Prozent für alle Arbeiter; das Zentrum eine Lohnerhöhung von täglich 20 % für die gegen Tagelohn beschäftigten Arbeiter, Akkordarbeiter sollten überhaupt nicht aufgebessert werden. Die sozialdemokratischen Abgeordneten verlangten, entsprechend der Denkschrift des christlichen Eisenbahnerverbandes, für die Grundlöhne drei Ortsklassen mit täglich 3,60 M, 3,40 M und 3,20 M; das Zentrum vier Ortsklassen mit 3,20 M, 3 M, 2,80 M und 2,60 M; eine Lohnskala, die in der Theorie schon besteht, obwohl noch viele tausend Arbeiter der Staatsbetriebe täglich unter 2,40 M entlohnt werden.

Die Abhne in den einzelnen Ortsklassen sollten nach dem Zentrumsantrag täglich um 20 % aufgebessert werden. Dazu gesellten sich noch einige ganz reaktionäre Anträge wie dieser: „Anzuordnen, daß die Einstellung landwirtschaftlicher Dienstkoten und Arbeiter, bei denen eine ungefähliche oder vertragswidrige Lösung des Dienstvertrags vorliegt, unzulässig ist“, und Abschwächung der sozialdemokratischen Anträge: Der Achtstundentag im Bergbetrieb sollte auf die „unter Tag“ beschäftigten Arbeiter beschränkt werden. Außerdem Widersprüche: Ein vierklassiges Lohnregulativ für die Eisenbahnarbeiter, ein dreiklassiges Lohnregulativ für die Forstarbeiter, eine weitere Ausnahmestellung dahin: Arbeiter unter 20 Jahren mit einem Tagelohn von 2 M abzusenden. Ersetzung der Tarife durch einen „Normalarbeitsvertrag“ u. s. w. Die sämtlichen Anträge wurden an einen besonderen, den zehnten (Arbeiterfürsorge-)Ausschuss verwiesen, in dem die christlichen Arbeitersekretäre keine beneidenswerte Rolle spielten.

Das Kost- und Logiswesen im Handwerk.

Unter diesem Titel ist jüngst im Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands eine von Richard Calver verfasste Schrift in einem Umfang von 224 Seiten erschienen, die neues Material zur Beleuchtung des Kost- und Logiswesens im Handwerk enthält und zweifellos dazu beitragen wird, mit diesem überrest aus der Zukunft in nicht ferner Zukunft auf der ganzen Linie aufzuräumen.

Die das Wort vorzeichnende Zentralkommission zur Beseitigung des Kost- und Logiszwanges, die 1904 von den in dieser Frage interessierten Verbandsvorständen eingesetzt wurde, erinnert an ihre Aufgabe, die Propaganda für die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges zu fördern durch Sammlung und Herausgabe des reichhaltigen Materials, das die Aufhebung dieser im modernen gewerblichen Betrieb längst veralteten Lohnform, die den betreffenden Arbeitern das Aufsteigen in eine höhere Lebenslage unmöglich macht und sie auch außerhalb der Arbeitszeit der Bevormundung des Unternehmers unterstellt, im Interesse der Kulturentwicklung der Arbeiterchaft fordert. Der Kost- und Logiszwang, einst eine durchaus gute Einrichtung, als im Zeitalter des Handwerks die Arbeiter in der Familie des Arbeitgebers die Stellung von Familienmitgliedern einnahmen, hat sich heute zu einem neuen Ausbeutungsinstrument entwickelt. Es dient vornehmlich dazu, die Arbeitszeit über Gebühr auszudehnen, die persönliche Freiheit des Arbeiters einzuschränken und den Gewinn der einzelnen Unternehmer durch Gewährung von schlechten Wohnungen und unzureichender Kost, die aber zum vollen ortsüblichen Preise dem Arbeiter angerechnet werden, zu erhöhen.

Mit Erfolg ist von den Gewerkschaften seit Jahren gegen diese Mißstände angekämpft worden, aber zu ihrer völligen Beseitigung fordert die Kommission das Einschreiten der Gesetzgebung, und zur Förderung dieses Zweckes soll auch die vorliegende Schrift dienen. Die Kommission hat auch den Fragebogen, der 39 Hauptfragen enthält, aufgestellt und Calver erläutert ihren Zweck und bespricht kurz die Art, wie sie ausgefüllt wurden, die vielfach sehr mangelhaft ist. Es mußte deshalb auch die Darstellung der Kostverhältnisse gänzlich unterbleiben. Nur einzelne Fragebogen und von diesen wieder die gerückten Einzelbemerkungen konnten in etwas zur Betrachtung der Kostverhältnisse herangezogen werden, aber auch diese Ausbeute war gering.

Im ganzen sind 4234 ausgefüllte Fragebogen eingegangen, die sich auf 17 Berufe verteilen, und zwar auf die Bäcker und Konditoren, Fleischer, Gärtner, Barbier, Müller, Schneider, Gastwirtsgehilfen, Schmiede, Sattler, Masseure und Krankenpfleger, Handels- und Transportarbeiter, Schuhmacher, Handlungsgeliefen, Buchbinder, Metallarbeiter, Lithographen und LaSalarbeiter, die sich entsprechend dieser Reihenfolge an der Enquete beteiligten, wobei aber 2347, mehr als die Hälfte der ausgefüllten Fragebogen, allein auf die Bäcker entfallen. Calver hat das Material in zwei Hauptabschnitten bearbeitet, wovon der erste eine zusammenfassende allgemeine, der zweite eine spezialisierte Darstellung der Logisverhältnisse nach Berufen und mehrerer von diesen, wie Bäcker, Metzger, Gärtner, Barbier, Schmiede etc., nach Provinzen gibt. Für die Beurteilung der Logisverhältnisse hat Calver die verschiedenen ortspezifischen Bestimmungen und die Forderungen der Hygieniker betreffend den Luftinhalt der Schlaf- und die Beschaffenheit der Wohnräume als Maßstab benützt und sich dabei in sehr bescheidenem Rahmen gehalten. Bezüglich des bloßen Raumes stellt er folgende Forderungen auf:

1. Die Bodenfläche muß pro Person mindestens 4 Quadratmeter betragen.
2. Der Luftinhalt muß 1/3 der Bodenfläche ausmachen.
3. Der Luftinhalt des Raumes soll pro Person 20 Kubikmeter betragen.
4. Die Fenster dürfen nicht nach Korridoren, Stichtöfen u. s. w. führen.
5. Der Raum muß heizbar sein.
6. Der Raum muß verschließbar sein.
7. Der Raum darf sich nicht in Keller oder auf dem Boden befinden.
8. Der zugehörige Abort muß in sauberem Zustand und zu jeder Zeit zu benutzen sein.

Zur Klassifizierung der Räume nach Graden, deren er 256 aufstellt, bildete Calver nach jenem Programm einen Schlüssel, wonach er die Räume in 6 Gruppen einteilt, je nachdem der Raum einer oder mehreren jener Forderungen nicht genügt. Die 6 Gruppen haben folgende Bezeichnungen: 1. einwandfrei, 2. ausreichend, 3. unbefriedigend, 4. schlecht, 5. sehr schlecht und 6. menschenunwürdig. Bezüglich der Einrichtung und Wartung der Schlafräume fordert Calver:

* Vergleiche die Nummern 18 und 19.

1. Jede Person muß ein Bett haben.
 2. Die Betten dürfen nicht übereinanderliegen.
 3. Die Betten muß regelmäßig gereinigt werden, und zwar die Bettwäsche mindestens alle vier Wochen, das Bettencoverdick einmal. Bei Personenwechsel muß die Bettwäsche frisch neu gewaschen werden.
 4. Die Betten müssen täglich gemacht, der Schlafraum muß täglich trocken und mindestens einmal wöchentlich feucht gereinigt werden.
 5. Die Betten sollen ungepflastert sein.
 6. Es muß ein verschließbarer Schrank vorhanden sein.
 7. Für jede Person soll ein Handtuch sowie ein Waschbecken vorhanden sein.
 8. Das Zimmer muß abends genügend zu belüften sein. Auch für die Klafflüftung der Einrichtung z. B. durch Calverly & Gruppen.
- Das Resultat ist nun folgendes. Die bloßen Räume verteilen sich so auf die 6 Gruppen:

	Anzahl der Räume	in Prozent	Anzahl der Bewohner	in Prozent
Einwandfrei	127	9,78	218	2,74
Ausreichend	309	10,94	782	9,41
Unbefriedigend	585	16,00	644	12,18
Schlecht	1881	55,70	4580	58,54
Sehr schlecht	442	18,10	1200	10,57
Menschenunwürdig	17	0,50	48	0,61
Im ganzen	8871	100,00	7788	100,00

Nur etwa 14,0 Prozent aller Räume sind befriedigend bis gut. In ihnen wohnen aber nur 12,4 Prozent aller Bewohner. Über Dreiviertel der Räume sind unbefriedigend bis menschenunwürdig; in ihnen schlafen 57,9 Prozent aller Bewohner. Mehr als die Hälfte aller Räume entfallen davon wieder auf die schlechten. Je schlechter die Räume, desto stärker ist in ihnen die Zahl der Bewohner, so daß zum Beispiel in den menschenunwürdigen Räumen, die 1/5 Prozent aller Räume betragen, über 1/3 Prozent der Bewohner schlafen. In bezug auf die Einrichtung und Wartung der Räume ergibt sich folgende Verteilung:

	Anzahl der Räume	in Prozent	Anzahl der Bewohner	in Prozent
Einwandfrei	509	14,99	955	12,82
Ausreichend	497	14,85	1199	15,46
Unbefriedigend	289	7,04	646	8,88
Schlecht	1040	57,14	4361	56,23
Sehr schlecht	209	6,15	584	7,58
Menschenunwürdig	1	0,03	10	0,13
Im ganzen	3885	100,00	7755	100,00

Bei der Einrichtung und Wartung der Räume stellt sich die Gruppierung wesentlich günstiger als bei der Qualifizierung der bloßen Räume. Die ersten Gruppen sind viel stärker vertreten als die letzten. Immerhin ist auch hier die Mehrzahl der Räume mit schlecht bis menschenunwürdig zu kennzeichnen. Die Gruppierung der Schlafräume nebst der Einrichtung und Wartung ist folgende:

	Anzahl der Räume	in Prozent	Anzahl der Bewohner	in Prozent
Einwandfrei	48	1,42	71	0,92
Ausreichend	190	5,60	368	4,66
Unbefriedigend	486	14,54	861	11,28
Schlecht	2028	61,84	4245	54,75
Sehr schlecht	547	16,10	1558	20,42
Menschenunwürdig	17	0,50	47	0,62

Calver bemerkt dazu: „Es ergibt sich somit als Schlussergebnis, daß 89,19 Prozent aller in Frage kommenden Arbeiter schlecht und darunter wohnen müssen und nur 16,81 Prozent ein erträgliches bis einwandfreies Logis haben. Dabei zeigt sich, daß die ungünstigen Logis stärker besetzt sind als die besseren. Die jecht schlechten Logis zum Beispiel betragen 16,10 Prozent der Gesamtzahl; in ihnen wohnen aber nicht weniger als 20,42 Prozent der Bewohner.“

Spezielles Interesse für unsere Leser bieten die Verhältnisse der Schmiede und der Metallarbeiter. Die Schmiede berichten etwas bescheiden über 86 Betriebe mit 228 Beschäftigten, von denen 6 verheiratet, 208 in Kost und Logis, 4 nur in Logis, 1 nur in Kost beim Meister waren. Die Arbeitszeit betrug (die Erhebungen fanden im Jahre 1906 statt):

Stunden	Betriebe	Beschäftigte	Stunden	Betriebe	Beschäftigte
10	7	24	12	25	68
10 1/2	8	28	13	3	5
11	34	88	14	1	5
11 1/2	8	20			

Also eine kleine Minderzahl hatte die kürzere Arbeitszeit von 10, die große Mehrzahl dagegen eine solche bis zu 11 Stunden täglich! Die Pausen betragen 2 Stunden in 34 Betrieben mit 88 Beschäftigten, unter 2 Stunden in 52 Betrieben mit 149 Gehilfen. Die Gruppierung der Logis ist folgende:

	Logis	Bewohner
Einwandfrei	1	2
Ausreichend	1	1
Unbefriedigend	5	8
Schlecht	11	15
Sehr schlecht	11	25
Menschenunwürdig	1	1

Der eine einwandfrei, in Schlafräumen befindet sich im Bergedort in der Schweiz sind 1. Größe und 1. Erhaltung. Dieser Schlafräume im nächsten Raum, der neben dem Schornstein liegt. Der Raum ist 9/10 Meter hoch, 4 Meter breit und 9/10 Meter lang. Er hat eine Bodenfläche von 32 Quadratmeter und einen Kubikinhalt von 77 Kubikmeter. Der Raum hat drei Fenster, die nach dem Osten hinaus, jedes ist 1,7 Meter hoch und 1 Meter breit. Der Fußboden besteht aus einer Holzbohle. Die Wände des Zimmers sind tapetiert. Der Raum ist trocken, heizbar und innen sehr sauber. Der Schornstein liefert der Meister in ausreichendem Maße. Er leuchtet wird das Zimmer durch eine Petroleumlampe. Die Betten sind gut, werden täglich gemacht und alle 14 Tage frisch überzogen. Die Reinigung des Zimmers erfolgt täglich. An Mobiliar enthält es außer den Betten 3 Stühle, 1 Sofa, 1 verschließbaren Schrank, 1 Spucknapf, für jede Person ein besonderes Waschbecken und Handtuch, welches wöchentlich gewechselt wird. Der Abort befindet sich in sauberem Zustande.

Von einem schlechten Logis wurde aus Freiburg i. S. berichtet, bei dem es sich um einen Raum handelt, in dem drei Personen schlafen. Das Logis befindet sich im Dachboden. Das Logis ist 2 1/2 Meter hoch, 2 Meter breit und 3/4 Meter lang, es hat eine Bodenfläche von 10,50 Quadratmeter und einen Kubikinhalt von 20,25 Kubikmeter. Die zwei Fenster führen auf die Straße. Der Fußboden besteht aus einer Holzbohle, Decke und Wände sind in gutem Zustand, das Zimmer ist verschließbar, aber nicht heizbar; die Aborteverhältnisse sind gut, der Abort wird von 10 Personen benutzt. Jede Person hat ihr eigenes Bett, das täglich gemacht und alle vier Wochen frisch überzogen wird. Der Schlafraum wird täglich trocken und alle acht Tage feucht gereinigt. Im Schlafraum befinden sich drei Stühle und drei Schränke; ein Spucknapf ist nicht vorhanden, ebensowenig ein Waschbecken, man wäscht sich im Wasserleimer, der zum Essenlilien bestimmt ist. Das Handtuch wird jede Woche einmal gewechselt. Das menschenunwürdige Logis befindet sich in Hameln. Es gehört zu einem Betrieb, der zwei Gehilfen beschäftigt, deren tägliche regelmäßige Arbeitszeit 11 Stunden beträgt. Das Logis befindet sich im Dachraum, ist 1,74 Meter hoch, 2,20 Meter breit und 2,80 Meter lang, so daß auf jede der beiden Personen, die darin schlafen, 2,88 Quadratmeter Bodenfläche und 4,98 Kubikmeter Luftraum entfallen. Es ist ein Fenster vorhanden, das in einen Dichthof führt. Es ist 50 Zentimeter hoch und 85 Zentimeter breit. Die Wände sind gestrichelt, der Raum ist furchtbar feucht und kalt, er ist nicht heizbar und nur mit einem Kiesel verschließbar. Die beiden Personen schlafen in einem Bette, das aus Strohsack, Unterbett, Kopfkissen, zwei Kissen und Deckbett besteht. In dem Räume befindet sich noch ein Tisch und ein Stuhl, auch ein nicht verschließbarer Bretterkasten, der als Schrank dient. Spucknapf und Waschbecken fehlen, man wäscht sich in der Schmelze im Eimer. Auf dem Fragebogen befindet sich diese Bemerkung: „Das Logis hier spottet jeder Beschreibung; gebildet muß man immer gehen, sonst reunt man sich den ganzen Schädel ein, die Decke ist schon so durchwölbt, als ob sie jeden Tag einstürzen wollte, der Fuß steht an vielen Stellen an den Wänden.“

In den 11 Betrieben mit 85 Metallarbeitern besteht zehnjährige dreizehnstündige Arbeitszeit (6 mit 7 Arbeitern je 10, 5 beziehungsweise 21 je 11 und 1 mit 7 Arbeitern 18 Stunden). Die Pausen betragen in 5 Betrieben mit 18 Beschäftigten 2, in 6 Betrieben mit 7 Beschäftigten unter 2 Stunden. Was die Qualität der Logis betrifft, so ist gar kein einwandfreies vorhanden; 2 mit 3 Bewohnern sind ausreichend, 2 mit 4 Bewohnern unbefriedigend, 5 mit 16 schlecht und 2 mit 9 sehr schlecht. Das schlechteste Logis befindet sich in Winsen a. d. Luhe. Es handelt sich um einen Klempnerbetrieb, der zwei Arbeitskräfte beschäftigt. Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt 11 Stunden. Auf eine Person entfallen 5 Quadratmeter Bodenfläche und 15 Kubikmeter Luftinhalt. Zwei auf den Hof führende Fenster haben eine gesamte Oberfläche von 1,10 Quadratmeter. Der Fußboden ist mit Steinen belegt. Der Raum ist weder heizbar noch verschließbar, die Aborteverhältnisse sind schlecht. Außer den Betten befindet sich kein Mobiliar im Schlafraum.

Das sind schreckliche, barbarische Zustände, ein blutiger Hohn auf die deutsche Kultur. Und die sogenannten „Mittelstandsklanten“, die ihren Gehilfen solche unmenschlichen Lebensbedingungen zumuten, empfehlen sich bekanntlich mit marxistischer Aufdringlichkeit den herrschenden Kreisen als die „solidesten Stützen des Staates“ und fordern immer wieder neue Maßnahmen gegen die Arbeiter. Calver konstatiert in seinem Schlußwort, daß über vier Fünftel aller berücksichtigten Arbeiter in Logis sein müssen, die zum mindesten als schlecht bezeichnet werden müssen und er kommt daher dazu, die alte Forderung aufs neue zu wiederholen, daß der zweite Abschnitt des das Zwangslohn betreffenden § 115 der Gewerbeordnung gestrichen werde. Da die Revision der Gewerbeordnung vom Reichstag noch nicht erledigt ist, werden die sozialdemokratischen Abgeordneten in der betreffenden Kommission und im Plenum des Reichstags noch Gelegenheit haben, unter Benutzung des vorliegenden neuen einwandvollen Materials abermals einen Sturm auf das ausbeuterische und barbarische, verelendende Zwangslohn zu unternehmen. Dazu wünschen wir vollen Erfolg!

gabte befriedigend zu lösen. Zu diesem Zwecke wird der Brenner so konstruiert, daß in den Weg des unter geringem Druck stehenden Gases ein Rückschlagventil eingebaut ist, wodurch erzielt wird, daß sich bei einwirkendem Rückdruck hinter diesem Ventil ein elastisches Kissen eines aus und für sich nicht brennbaren Gases bildet, das dem zweiten zu seiner Verbrennung erforderlichen Gase einen geschlossenen Widerstand entgegenstellt und daher zum Abbrechen der Explosionswelle führt. Das Prinzip des Brenners beruht auf der Beobachtung: wenn man einem beiderseits offenen Rohre, das dicht in eine Kammer gefüllt ist, die mit einem explosiblen Gasgemisch angefüllt wird, innerhalb dieser Kammer eine feste Reflektionswand entgegenstellt, so erleidet die von dem äußeren Ende dieses Rohres nach innen zu fortgeschreitende Explosionswelle bei ihrem geraden Stoße auf diese Reflektionswand einen Rückprall. Dadurch wird der Explosionswelle ihre eigene Reflektionswelle entgegengeworfen, so daß die ursprüngliche Welle in diesem Rohre selbst zum Abbrechen kommt. Sobald in diesem Brenner die Explosionswelle in die Rückschlagventil schlägt, wird diese einem „Aggregat“, für den Durchgang des Ätzgasgemisches bestimmter Raum durchteilen und von der Reflektionswand in diesen Durchgangskanal zurückgeworfen werden. Auch in diesem Raum wird die Explosionswelle zurückgeworfen, während gleichzeitig dem zweiten Ende des Rohres die Explosionswelle entgegenkommt, welche wiederum nicht in den Weg gelegt wird.

In neuerer Zeit wird vielfach für elektrische Maschinen z. B. mit Emaille isoliertes Leitungsmaterial verwendet. Die Drähte für die Stützungen elektrischer Maschinen und Apparate werden daher ausschließlich durch Kupferseile, speziell Wärmewolle und Seide, während des Epoxidierens isoliert. Diese Isolation umgibt den elektrischen Leiter mit einer im Verhältnis zu seinem Durchmesser fünfmal so dicken Schicht. Man ist es aber für den Wirkungsgrad vieler elektrischer Maschinen und Apparate eine wesentliche Bedingung, in einem gegebenen Raum möglichst viel Kupferdraht unterzubringen zu können, da je dieser allein und nicht die Isolation elektrisch wirksam ist. Der Emailleüberzug ist bei hoher Widerstandsfähigkeit gegen elektrische Entladungen sehr erheblich dünner als die Isolationsschicht. Es wird also zum Beispiel ein Draht verwendet, der mit Emaille überzogen ist, bei gleicher Zugkraft kleinere Abmessungen erhalten können. Dazu kommt noch, daß sich das Material besonders dort als wertvoll erweist, wo neben Raumersparnis auch Widerstandsfähigkeit gegen Hitze und Feuchtigkeit von ihm verlangt wird. Verbunden mit diesen Eigenschaften ist auch die, höhere Strombelastungen ertragen zu können. Die Emaille ist so biegsam, daß man den Draht ohne Schaden um das drei- und vierfache seines eigenen Durchmessers wickeln kann. Man darf daher mit Recht annehmen, daß die Einführung der neuen Isolation in die Fabrikationstechnik einen wesentlichen Fortschritt für die Konstruktion von Maschinen und Apparaten zur Folge haben wird.

Eine interessante Mitteilung ist in einer englischen Zeitschrift veröffentlicht worden: die geographische Länge der Insel Ascension ist mit Hilfe der Telegraphie festgestellt. Die Umstände sind folgende: Ascension kann in direkte Kabelverbindung mit dem Orte Porthcurnow in Cornwall gesetzt werden, das wieder mit Greenwichelelegraphie verbunden ist. Die Schläge des Sekundenpendels der Sternwarte in Greenwichele wurden nun durch die Leitung nach Porthcurnow übermittelt, ebenso die Schläge des Chronometers von Ascension; aus der Vergleichung der beiderseitigen Schläge in Porthcurnow ergab sich der Zeitunterschied und damit die geographische Länge der Insel. Um die erforderliche Genauigkeit zu erzielen, mußten selbst zu winzige Zeitverluste, wie sie durch Verwendung von Relais entstehen, vermieden werden. Die Übermittlung erfolgte daher auch auf der langen Strecke Ascension-Porthcurnow (700 Kilometer) ohne Unterbrechung in unmittelbarer durchverbundenen Stromkreise.

Vor kurzem lief auf der Welt von Dänland & Wolff in Belfast ein Sechsmastgeschiff „Navahoe“ mit 10000 Tonnen Ladekapazität von Stapel. Es ist dies das größte Segelschiff der Welt. Mit 137 Meter Länge, 17,67 Meter Breite und 10 Meter Rauntiefe übertrifft der neue Segler die Abmessungen des im Besitze einer Hamburger Reederei bisher größten Segelschiffes um ein beträchtliches. Die „Navahoe“ soll zur Beförderung von Petroleum zwischen Nordamerika und England dienen, und ist zu diesem Zwecke mit 18 getrennten Behältern versehen. Ein mit flüssigem Brennstoff gespeister Kessel liefert Dampf zum Antrieb

Über Fabrikpartassen.

Es ist ein großer Fehler, die Fabrikpartassen als Wohlthat für die Arbeiter zu betrachten. Die Fabrikpartassen sind in der Regel ein Mittel, um die Arbeiter an die Fabrik zu binden und sie von anderen Fabriken abzuhalten. Die Fabrikpartassen sind in der Regel ein Mittel, um die Arbeiter an die Fabrik zu binden und sie von anderen Fabriken abzuhalten. Die Fabrikpartassen sind in der Regel ein Mittel, um die Arbeiter an die Fabrik zu binden und sie von anderen Fabriken abzuhalten.

Die Fabrikpartassen sind in der Regel ein Mittel, um die Arbeiter an die Fabrik zu binden und sie von anderen Fabriken abzuhalten. Die Fabrikpartassen sind in der Regel ein Mittel, um die Arbeiter an die Fabrik zu binden und sie von anderen Fabriken abzuhalten. Die Fabrikpartassen sind in der Regel ein Mittel, um die Arbeiter an die Fabrik zu binden und sie von anderen Fabriken abzuhalten.

Die Fabrikpartassen sind in der Regel ein Mittel, um die Arbeiter an die Fabrik zu binden und sie von anderen Fabriken abzuhalten. Die Fabrikpartassen sind in der Regel ein Mittel, um die Arbeiter an die Fabrik zu binden und sie von anderen Fabriken abzuhalten. Die Fabrikpartassen sind in der Regel ein Mittel, um die Arbeiter an die Fabrik zu binden und sie von anderen Fabriken abzuhalten.

Die Fabrikpartassen sind in der Regel ein Mittel, um die Arbeiter an die Fabrik zu binden und sie von anderen Fabriken abzuhalten. Die Fabrikpartassen sind in der Regel ein Mittel, um die Arbeiter an die Fabrik zu binden und sie von anderen Fabriken abzuhalten. Die Fabrikpartassen sind in der Regel ein Mittel, um die Arbeiter an die Fabrik zu binden und sie von anderen Fabriken abzuhalten.

Technische Rundschau.

Autogene Schweißung. — Emailleblech. — Telegraphische Fernbestimmung. — Das große Segelschiff der Welt. — Zugvorrichtung in Schienen. — Durch Zunder imprägniertes Holz. — Bagatelverletzungen aus Eisen. — Neue Seilzüge. — Erdmagnetismus.

Die rasche Einführung der autogenen Schweißung in der Metallbearbeitung und ihre vielfache erfolgreiche Anwendung sind ein unübersehbarer Beweis für die vielen technischen Vorzüge dieses Verfahrens. Als Anwendung von so unumwandelbarer Bedeutung steht natürlich das Verfahren zuerst auf Widerstand der beteiligten Kreise, was sich hauptsächlich daraus erklärt, daß die autogene Schweißung mit Hilfe der Gase Acetylen und Sauerstoff, die sich in einem Gefaße vermischt, vorgenommen wurde. Es war daher von der größten Wichtigkeit, im Betrieb von Sauerstoff-Acetylenanlagen alle die Gefahren auszuheben, die leider schon zu so zahlreichen Unfällen geführt und ein tief eingewurzelt Vorurteil gegen das Acetylen geschaffen haben. Die Schweißbrenner heißen gewöhnlich aus einem Brennkörper, in dem das zu verbrennende Gas mit dem zu seiner Verbrennung erforderlichen Sauerstoff durch eine Injektionsvorrichtung in eine Mischkammer eingeführt wird, von wo aus das brennbare Gemisch mit einer solchen Geschwindigkeit der Kammer zuströmt, als es der Gasdruck ausgleichend ist der Explosionswelle des Gasgemisches entgegensteht. Durch das intensive Erhitzen der Brennkörper oder durch andere geeignete Vorrichtungen des Brennkörpers kann ein Teil des Acetylen durch die Wärme des Brennkörpers in die Luft zerfallen und so ein Teil des Acetylen durch die Wärme des Brennkörpers in die Luft zerfallen und so ein Teil des Acetylen durch die Wärme des Brennkörpers in die Luft zerfallen.

Das Geld derselben immer getrieben werden. Dagegen wurde von dem hiesigen Verwaltungsrat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und des Zentralverbandes der Schmiede gemeinsam einberufenen öffentliche Schmiederversammlung statt mit der Tagesordnung: Branchen- oder Industrieorganisation. Die Versammlung war nur von 40 bis 50 Kollegen aus beiden Verbänden besucht und wir hatten uns schon vorgenommen, in der Metallarbeiter-Zeitung überhaupt nichts darüber zu berichten. Nachdem jedoch in Nr. 20 der Schmiede-Zeitung ein Bericht erschienen ist, der nur teilweise der Wahrheit entspricht, sind wir genötigt, mit einigen Bemerkungen auf die Versammlung zurückzukommen, um wenigstens die Hauptargumente zu beleuchten, die in dieser Versammlung gegen den Abschluss des Schmiede-Verbandes geltend gemacht wurden. Als Referent fungierte Kollege Fosenhien, der vor allen Dingen versuchte, mit Hilfe statistischer Materialien die Überlegenheit des Industrieverbandes über den Branchenverband nachzuweisen. Der Schmiede-Verband hatte als Korreferenten den Gauleiter Schmitz aus Mannheim zitiert. Dieser hielt dem statistischen Material das Statut des Schmiede-Verbandes entgegen und suchte daraus nachzuweisen, daß dessen Mitglieder mehr Unterstellungen beziehen können als die des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Wenn dieser gleichwohl verhältnismäßig mehr an Unterstellungen leisten, so sei das darauf zurückzuführen, daß die Mitglieder des Schmiede-Verbandes jeftafter seien u. s. w. Auch werde die Arbeitslosigkeit bei den Schmieden nie so groß werden wie in anderen Berufen, weil viele Väter in großen Städten sich hüten, ihre Söhne Schmiede werden zu lassen. Jetzt kämen viele Schmiede aus den entlegenen Gegenden. Die Schmiede seien lange nicht mehr so zahlreich wie vor zehn Jahren. Im vorigen Jahre hätten von 18000 Mitgliedern 14000 in Lohnbewegungen gestanden und 12000 hätten ohne Kampf Erfolge errungen. Das beweise, daß der Respekt der Unternehmer vor dem Schmiede-Verband doch nicht so gering gewesen sei. Dagegen habe der Metallarbeiter-Verband, als vor zwei Jahren im Formierberuf der Kampf auf der ganzen Linie entbrannt sei, ein „glattes Glas“ erlitten. Der Holzarbeiter-Verband und der Schmiede-Verband hätten mit darunter leiden müssen. Der Metallarbeiter-Verband hätte damals „alles ganz gut in der Tasche tragen können, was er noch hatte“, er sei „zusammengeknickt wie ein Taschmesser“. Der große Holzarbeiter-Verband habe voriges Jahr bei seinem Kampfe „Defizit gehabt“. Wenn einmal ein Kampf auf der ganzen Linie entbrannt, solle man nicht glauben, daß irgend eine Gewerkschaft allein ihre Mitglieder unterstützen könne. Dann beginne der „Kampf auf ideellem Gebiet“. (Wie ein solcher „Kampf“ geführt wird, hat Kollege Schmitz leider nicht verraten.) Aber selbst angenommen, daß die Schmiede sich anschließen, würde dadurch die Bewegung in den großen Betrieben viel einheitlicher? Da sind noch Sattler, Zimmerer und noch viele andere Berufe vertreten. Deswegen würde es da wohl nach wie vor bei dem Grundsatze bleiben: Getrennt marschieren und vereint schlagen. Wie denkt sich ferner der Referent die Verschmelzung in der chemischen Industrie, oder bei den Konfektionsarbeitern, den Zimmerern, den Schneidern? (B) Besonders wichtige Personen schienen dem Korreferenten die — Sattler zu sein. Diese erwähnte er sehr oft, so daß man schon auf den Gedanken kommen konnte, nach seiner Meinung gehörten die Sattler eher in den Deutschen Metallarbeiter-Verband hinein als die Schmiede. Daß der Schmiede-Verband vom Deutschen Metallarbeiter-Verband (aber „wohlgemerkt: nur von einzelnen Personen“) nach Ansicht des Korreferenten mit den verwerflichsten Mitteln bekämpft worden sein soll, versteht sich von selber. Die Diskussion wurde sehr ruhig und sachlich geführt. Selbstverständlich sprachen die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sich für die Verschmelzung aus. Es entspricht jedoch nicht der Wahrheit, daß nicht ein einziger Redner vom Schmiede-Verband sich für die Verschmelzung ausgesprochen habe, wie es in dem Bericht der Schmiede-Zeitung heißt. Es war der Kollege Dees, der ausführte, daß es mit den zweierlei Organisationen auf die Dauer nicht mehr weitergehen könne. Wundebens in Stuttgart müsse damit gebrochen werden. Wer führe hier die Unterhandlungen? Doch wohl meistens der Deutsche Metallarbeiter-Verband. Deswegen müßten wenigstens in Stuttgart sich die Schmiede dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen. Vielleicht dient es noch dazu, das Gedächtnis des Berichterstatters aufzufrischen, daß der Bevollmächtigte Braun vom Schmiede-Verband sich veranlaßt sah, gegen diese Ausführungen zu polemisieren und zu bemerken, daß selbst dann, wenn es hier in Stuttgart zu einer Verschmelzung kommen sollte, doch vom Schmiede-Verband aufs neue versucht werde, hier eine Zuspaltung zu gründen. Stimmt's, oder stimmt's nicht? Von den Kollegen Haug und Quist mußte der Korreferent nachzuweisen lassen, daß seine Bemerkung vom „glatten Glas“ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes auf Unwahrheit beruhe. Wenn er sie dennoch hochhalte, so mache er sich die Kampfweise der Hirsch-Dunderbergschen zu eigen. Das Schlußwort des Korreferenten bestand

aus großen Teilen aus Wiederholungen auf dem Rückweg. Er hätte von Korreferenten gern ein Programm darüber gehört, wie es für die „verordneten Sachverständigen“ sein. Wenn eine Organisation geschaffen werden, die den Branchenverbänden entgegensteht, dann werden sich diese gerne erfinden. Die heutige Verschmelzung beruht, daß die Fuge der Verschmelzung noch lange nicht sprudelt ist. Das Schlußwort des Kollegen Fosenhien lautet dem Bericht: „Erhalten der Schmiede-Organisation auf die Herzen gefallen zu sein. Fosenhien erwiderte dem Kollegen Schmitz unter anderem, daß er es nicht für seine Aufgabe halte, sich um die Möglichkeit von Industrieverbänden in anderen Industriezweigen den Kopf zu zerbrechen. Was das „Glas“ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bei der Formierung angeht, so wäre der Schmiede-Verband jedenfalls froh, wenn er auch ein solches „Glas“ erleben könnte. Während der Deutsche Metallarbeiter-Verband die hohen Kosten ganz aus eigenen Mitteln aufbringen konnte, sei der Schmiede-Verband genötigt gewesen, 20000 M von der Generalkommission zu borgen. Da ferner in der Diskussion auch Stuttgarter Verhältnisse angeschnitten worden waren, sah Kollege Fosenhien sich natürlich veranlaßt, darauf noch etwas ausführlicher einzugehen, was die Kollegen vom Schmiede-Verband ebenfalls auch getan hätten, wenn die Kollen umgekehrt verteilt gewesen wären. Wenn die Ausführungen des Kollegen Fosenhien so „klar an das Persönliche“ gegrenzt haben, wie es im Bericht der Schmiede-Zeitung heißt, so kann man nur bedauern, daß keiner von dem Rechte Gebrauch gemacht hat, nach dem Schlußwort persönliche Bemerkungen zu machen. Das wäre jedenfalls besser gewesen, als daß man nachher auf dem gebildigen Papier Klagen erhebt.

Rundschau.

Gewerkschaftliches.

Maschinen und Feizer. Die neunte Generalversammlung des Verbandes der Maschinen und Feizer tagte vom 19. bis 21. April in Köln. Anwesend waren 74 Delegierte. Nach dem Bericht des Vorstandes ist die Zahl der Mitglieder von 11888 auf 18848 gestiegen und die der Zahlstellen von 189 auf 265. Von den Mitgliedern gehörten der Rheinisch-Westfälischen 986 und der Elbschiffahrt 497 an. In der Berichtsperiode fanden 118 Streiks statt. In 66-Fällen wurden die Zwistigkeiten ohne Streiks geschlichtet. Betelligt waren 4410 Kollegen in 570 Betrieben. Voller Erfolg wurde in 18 Fällen, in 86 Fällen nur teilweise Erfolg erzielt. Ganz erfolglos verliefen 3 Fälle. Tarife existieren zurzeit ungefähr 150. Es kamen wiederholt Grenzstreitigkeiten vor, hauptsächlich mit dem Seemannsverband. Das Kartellverhältnis mit diesem wurde aufgehoben. Dem Veruche eines Zusammenflusses zu einer Union, der im September 1906 in Hamburg für die Verbände der Seeleute, Eisenbahner, Hafenarbeiter, Feizer und Maschinen mit dem Handels- und Transportarbeiterverband angebahnt wurde, stand der Vorstand ablehnend gegenüber, weil das Gros der Mitglieder zu wenig Berührungspunkte mit dem Transportgewerbe habe und auch die Zeit für eine solche Union noch nicht da sei. Die Gesamteinnahme betrug in den letzten beiden Jahren 404490,32 M. und die Ausgabe 372939,54 M. Das Vermögen beträgt 74292,28 M. Daß sich trotz der höheren Einnahme das Vermögen vermindert hat, wird auf die Erwerbslosen- und Krankenunterstützung zurückgeführt, für die 79648 M. ausgegeben wurden. Der Vorstand beantragte die Erhöhung der Beiträge von 40 % auf 50 %, um mehr Mittel für die Kämpfe zu gewinnen. Eine Staffelung der Beiträge sei nicht zu empfehlen, jedoch sei für den Vorstand die Ermächtigung erwünscht, in solchen Bezirken, wo der Durchschnittslohn noch unter 18 M. betrage, den Beitrag bei entsprechender Kürzung der Unterstellungen auf 40 % zu ermäßigen. Der Antrag des Vorstandes wurde angenommen. Ferner wurde beschlossen, noch zwei Gauleiter und einen zweiten Vorsitzenden angustellen. In betreff der Unterstützung der aus Unzufriedenheit mit der Gewerkschaften wurde kein Beschluß gefaßt, weil die Stellungnahme des Gewerkschafts-Kongresses und des nächsten Parteitag abgewartet werden soll. Die Gehalte der Beamten wurden durchweg erhöht. Das Verbandsorgan soll künftig vorwiegend gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Inhalt haben und nur monatlich eine fachtechnische Beilage gegeben werden. In großen Zahlstellen sollen Beamte eingesetzt werden, deren Gehalt zur Hälfte aus der Lokalfasse befristet wird. Die Streifenunterstützung beträgt bis zur Dauer von 26 Wochen für Unverheiratete 12 M., für Verheiratete 14 M. wöchentlich, für jedes Kind 1 M. mehr bis zum Höchstbetrag von 18 M. Die Erwerbslosenunterstützung wird folgendermaßen geregelt: Nach einjähriger Mitgliedschaft vom sechsten Tage an 6 M. wöchentlich bis zur Dauer von 4 Wochen, nach zweijähriger Mitgliedschaft 7 M. für 4 Wochen, nach 3 Jahren 8 M. für 6 Wochen, nach 4 Jahren 9 M. für 6 Wochen, nach 5 Jahren 10 M. für 6 Wochen, nach 6 Jahren 11 M. für 6 Wochen und nach 10 Jahren 12 M. für 6 Wochen innerhalb der Dauer eines Jahres. Für die Mitglieder, die nur 40 % Beitrag zahlen, verringern sich die Unterstellungen in entsprechender Weise.

Gewerbegerichtliches.

Offenbare Schilane. Der Graveur St. war bei der Firma J. & Z. in Wald bei Solingen gegen ein Monatsgehalt von 195 M. angestellt. Zum 1. April wurde ihm die Stellung gekündigt. Darauf wurde St. krank und mehrere Wochen arbeitsunfähig. Als er sich wieder zur Arbeit meldete, wurde ihm mehrere Tage nacheinander gesagt, er solle am folgenden Tage wiederkommen, weil augenblicklich keine Beschäftigung für ihn vorhanden sei. Schließlich verlangte man von ihm, er solle bis zum Ablauf seiner Kündigungsfrist in der Schlosserei arbeiten. Dies verweigerte St. Statt ihm sein Gehalt bis zum Tage des Austritts und sein Werkzeug zu geben, verlangte die Firma, daß er sich täglich zweimal bei ihr melden solle, was St. natürlich ablehnte. Nunmehr weigerte sich die Firma, ihm sein Gehalt für März zu geben. Das Gewerbegericht Solingen verurteilte sie jedoch in der Sitzung vom 23. April, dem Kläger St. 108 M. Gehalt und 8 M. für Verfallnisse auszusahlen.

Das Opfer des Handabhackers.

Das Reichsgericht hatte bekanntlich der Stadtgemeinde Breslau die Verpflichtung auferlegt, den Arbeiter Biewald zu entschädigen, weil ihm am 19. April 1906 ein Knochling in der Uniform eines königlichen preussischen Schutzmannes eine Hand abgehauen hatte. Über die Höhe dieser Entschädigung wurde am 7. Mai vor der fünften Breslauer Zivilkammer verhandelt. Biewald ließ durch seinen Vertreter, Justizrat Mamrot, geltend machen, daß er, bevor ihm die Hand abgehauen wurde, wöchentlich 21 M. verdient habe. Zwei Monate hindurch habe er im Allerheiligen-Hospital zugebracht, wofür er einen Anspruch von 168 M. an entgangenen Lohne erhebe. Für den erlittenen immateriellen Schaden erhebe er einen Anspruch auf eine einmalige Entschädigung in Höhe von 5000 M. Durch die Vermittelung sei er um 75 Prozent in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt worden. Sein wöchentliches Einkommen habe sich demnach um 16,75 M. vermindert. Die laufende Entschädigung habe also während der ersten fünf Jahre pro Quartal 204,75 M. zu betragen. In fünf Jahren würde sein Verdienst sicher auf 90 M. wöchentlich gestiegen sein, so daß vom 19. Juni 1911 an die laufende Entschädigung 292,50 M. pro Quartal zu betragen habe. Zudem komme, daß Kläger infolge seiner Verwundung oft kleinen Unzulänglichkeiten ausgesetzt sein werde und die gelegentliche Hilfe anderer Personen werde in Anspruch nehmen müssen. Dafür würden ihm keine Ausgaben erwachsen, die man auf etwa 5 M. monatlich veranschlagen könne, so daß sich die laufende Entschädigung bis zum 19. Juni 1911 auf 219,75 M. und von da an auf 307,50 M. zu beziffern habe. Der Vertreter der Stadtgemeinde beantragte, Beweis zu erheben, daß der wöchentliche Verdienst des Klägers vor seiner Verwundung nicht 21 M., sondern nur 16 M. pro Woche betragen habe. Dementprechend sei dann die Entschädigung zu bemessen. Ferner beantragte er, den Vertrauensarzt der Landesversicherungsanstalt als Sachverständigen darüber zu vernehmen, daß durch den Verlust einer Hand die Erwerbskraft nicht um 75 Prozent, sondern nur um 40 bis 50 Prozent (B) vermindert werde. Eine Pflicht zur Entschädigung für den erlittenen immateriellen Schaden erkannte die Stadtgemeinde überhaupt nicht.

am. Auf die verlangten 5000 M. habe Biewald kein Verrecht. Das Gericht gab den gefälligen Beweisaufträgen statt und verurteilte die Stadtgemeinde. — Als es sich darum handelte, festzustellen, ob die Stadt überhaupt verpflichtet sei, dem Opfer des verlorenen Handabhackers eine Entschädigung zu zahlen, wurde von den Vertretern der Stadt wiederholt betont, daß die Stadt sich zwar nicht verpflichtet fühle, für den Schaden aufzukommen, den Biewald erlitten hat, daß er aber — gewissermaßen aus Nothilfe — doch entschädigt werden solle, indem die Stadtverwaltung ihm eine Stellung anbieten werde. Diese „Stellung“ bestand darin, daß Biewald — auf der Promenade das Papier auflesen sollte. Einen solchen fetten Posten wies Biewald natürlich zurück und der Magistrat hat es „nach einem solchen Verhören“ abgelehnt, Biewald in anderer Art zu beschäftigen. Das ist aber natürlich im Interesse des Breslauer Magistrats. Er hatte in diesem Falle eine besonders günstige Gelegenheit, zu zeigen, daß eine liberale Stadtverwaltung auch nobel sein kann. Diese Gelegenheit hat er vorübergehen lassen.

Die Postzeitung im Berliner Metallarbeiterhaus
am 21. Januar hat, wie es in Preußen eigentlich kaum anders denkbar ist, nicht mit der Verurteilung der Leute mishandelnden Postgebeanten genadet, sondern unser Kollege Blumenthal wurde zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, weil er den wütenden Schulheuten entgegentrat. Auf die Gerichtsverhandlung werden wir in der nächsten Nummer zurückkommen.

Hirsch-Dunderbergs.

Lechner in Nöten. Das in Halle erscheinende Volksblatt bringt in seiner Nummer vom 12. Mai ein „vertrauliches“ Zirkular des Verlags der drei Gewerkschaftsblätter Mitteldeutsche Volkszeitung, Sächsische Gewerkschaftszeitung und Schlesische Arbeiterzeitung, worin angekündigt wird, daß der Verlag genötigt ist, den Abonnementpreis dieser drei Blättchen um monatlich 15 %, also von 40 auf 55 % zu erhöhen. Bisher habe der Verlag zu diesen Blättern monatlich 300 M. Zuluße leisten müssen. In dem Zirkular heißt es wörtlich weiter: „Wie schon gesagt, wird uns die hierdurch angekündigte Erhöhung von 15 % eine erhöhte Einnahme von 150 M. einbringen. Wir werden also auch nach dem 1. Juli, sollte der Abonnementstand derselbe bleiben, immerhin noch monatlich 150 M. zusehen. Wir sind hierzu aber keineswegs bemittelt noch gewillt. Das traurige Glas, mit dem der frühere Verlag von Saupe & Köger geendet, ist nicht zuletzt auf das Konto der Gewerkschaftszeitungen zu setzen. Und es ist doch wahrlich kein gutes Zeichen für den Geist der Hirsch-Dunderbergschen Gewerkschaften, daß es ihnen nicht gelingen will, die einzige in ganz Deutschland erscheinende Gewerkschaftszeitung lebensfähig zu erhalten. Sollten nun am 1. Juli nicht so viele neue Abonnenten hinzutreten, daß das trotz Abonnementerhöhung verbleibende Defizit gedeckt wird, so wollen Sie sich erklären, ob Sie dann bereit sind, dasselbe durch Beiträge aus Ihrer Ortsvereinstasse zu decken. . . Sollten Sie wider Erwarten unsere Anregung ablehnen, das uns entlehnte Defizit aus Ihren Mitteln aufzubringen, dann sind wir gezwungen, je nach dem Ausfall des Abonnementstandes am 1. Juli dieses Jahres das Erscheinen der Zeitungen einzustellen.“

In dem Zirkular wird sodann noch auf die Klagen hingewiesen, die über die drei genannten, mangelhaft redigierten Zeitungen erhoben wurden, die einander ganz genau gleich sind und nur verschiedene Titel haben. Dies wird damit entschuldigt, daß, um die Blättchen überhaupt fertig zu bekommen, bisher der Satz der Weissenfelder Zeitung „in ausreichendem Maße“ benutzt werden mußte. Für den Fall, daß sich die Verhältnisse so bessern, daß der Verlag nicht mehr monatlich 300 M. einbüßen muß, ist geplant, die drei Blättchen auf den 1. Juli zu verschmelzen und unter dem Titel: Deutsche Gewerkschaftszeitung, offizielles tägliches Organ der Ausbreitungsverbände und Gewerkschaften in Mitteldeutschland, Königreich Sachsen, Schlesien, Mark Brandenburg, der Lausitz u. s. w. erscheinen zu lassen.

Wir sind keine Unmenschen und von Schadenfreude fühlen wir uns — in diesem Augenblicke wenigstens — durchaus frei. Was uns am meisten auffällt, ist die sehr geringe Auflage der drei Blätter. Wenn, wie aus dem Zirkular des Verlags hervorgeht, eine Erhöhung des monatlichen Abonnementpreises um 15 % eine Erhöhung der Einnahmen von nur 150 M. monatlich ausmacht, so beträgt die Auflage der drei Blätter zusammen nur zickta tausend Exemplare, und die verteilen sich auf ein so großes Gebiet. Das haben wir bisher nicht gewußt, sonst hätten wir uns noch weniger um diese Blättchen gekümmert als es bisher der Fall gewesen ist. Übrigens müssen wir konstatieren, daß Herr Lechner viel zahlreicher geworden ist, seitdem er wegen der aus Solingen stammenden Eliquennotiz vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes verklagt wurde.

Ein Opfer Gleichgültigkeit. Wegen Weiterverbreitung der Verleumdung, Kollege Schlichte habe sich mit 100 M. bestechen lassen, stand am 9. Mai der Gewerkschafter Schlichte vor dem Schöffengericht in Neudorf. Der Angeklagte bestritt, die Absicht gehabt zu haben, im Sinne der Klage den Privatkläger beleidigen zu wollen und nahm seine Behauptungen zurück. Die Zeugenvernehmung aber lieferte den Beweis, daß sich der Angeklagte in rüchschlosloser Weise über den Kläger geäußert hat und seine Behauptungen damals auf wiederholtes Befragen aufrecht hielt. Die Verteidigung des Beklagten bemühte sich, den § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) für ihn geltend zu machen. Amtsrichter Engel, der die Verhandlung leitete, machte zu wiederholtenmalen den Versuch, einen Vergleich zustande zu bringen. Der Vertreter des Privatklägers, Rechtsanwalt Dr. Schweiger aus Stuttgart, lehnte angesichts der Sachlage jeden Vergleichsvorschlag ab und beantragte die Verurteilung des Angeklagten nach §§ 185 und 186 des Strafgesetzbuches. Nach längerer Beratung fällt das königliche Schöffengericht das Urteil. Der Angeklagte wurde wegen Beleidigung nach §§ 185 und 186 zu der Geldstrafe von 75 M. und zur Tragung der Kosten verurteilt. Im Falle der Nichteinbringlichkeit tritt an Stelle der Geldstrafe eine Gefängnisstrafe von 15 Tagen. — Ob der Verurteilte in Zukunft noch alles glauben wird, was Gleichgültigkeit sagt oder schreibt?

Vom Ausland.

Osterreich.

Der Streik der österreichischen Senfearbeiter ist der Hauptfache nach beendet. Die Mehrzahl der Unternehmer trat mit den Arbeitervertretern in Unterhandlung und bewilligte einen mehr oder weniger großen Teil der von den Streikenden erhobenen Forderungen. Nur in einigen wenigen Betrieben dauert der Streik noch an, doch ist zu hoffen, daß auch dort bald Erfolge erzielt werden. Mit dem unwiderwertigen Arbeitermaterial vermindener Streikbrecher läßt sich auf die Dauer ein Betrieb, der solide und gute Ware erzeugen will, nicht aufrechterhalten. Die Unternehmer, die das erkannten, schlossen mit ihren Arbeitern Frieden; die geringe Anzahl Unternehmer, die dazu noch nicht bereit waren, muß einen noch größeren Schaden erleiden, um den Weg der Verständigung zu finden. „Aber nicht hören will, muß finden.“ Was den Streik der Senfearbeiter so interessant machte, ist der Umstand, daß hier eine Arbeiterische auf den Kampfplatz trat, die — von zünftlerischen Überlieferungen durchdrungen — scheinbar ganz ungeeignet war, den modernen Organisationsgedanken in sich aufzunehmen. Die Gehirne der Senfearbeiter waren von patriarchalischen Vorstellungen erfüllt, die ihnen noch ganz mittelalterlich die Unternehmer als „Herren“ und die Arbeiter als „Knechte“ erscheinen ließen. In den stillen Alpenländern, in denen die Senfindustrie ihren Sitz hat, hörte man wenig von gewerkschaftlichen Organisationsbestrebungen der Arbeiterschaft. Und nun hatte sich das mit einem Schlag geändert. Der Kapitalismus ist ein guter Lehrmeister, er überwindet auch die eingewurzeltesten Überlieferungen. Er riß die Senfearbeiter aus ihrer Lethargie und lehrte sie kämpfen. Was